

ARGUMENTATIONSHILFE

**Keine Sicherheit
ohne soziale Sicherheit!**

DIE LINKE.

THEMA

KEINE SICHERHEIT OHNE SOZIALE SICHERHEIT!

Alle Menschen haben den Wunsch und das Recht, in Sicherheit vor Gewalt und Kriminalität zu leben. Von rechts wird das oft als »innere Sicherheit« bezeichnet. Obwohl die statistisch erfasste Kriminalität seit den 90er Jahren abnimmt schürt die Innenpolitik von CDU, SPD und AfD Angst. Im vergangenen Jahr waren bspw. nicht nur die allgemeine Kriminalität rückläufig (-2,3 Prozent), sondern auch Gewaltkriminalität (-2,4 Prozent) und Diebstahlskriminalität (-7,7 Prozent). Wohnungseinbrüche gingen sogar um fast 14 Prozent zurück.

Das Schüren von Angst hat zwei Funktionen: auf ihrer Grundlage setzt die Koalition seit Jahren mehr Geld für Polizei und Geheimdienste durch – obwohl Tausende Stellen unbesetzt bleiben. Außerdem dienen solche Maßnahmen der »inneren Sicherheit« als Placebo für die Verunsicherung, die durch den Abbau sozialer Sicherheit entsteht. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass die Maßnahmen der Koalition nicht dazu führen, dass die Menschen sich sicherer fühlen.

Die LINKE sagt: Öffentliche Sicherheit ist vor allem soziale Sicherheit. In den meisten Feldern reichen sowohl die Ressourcen als auch die Befugnisse der Polizei. Die beste Prävention gegen Kriminalität bleibt eine gute Sozialpolitik. Perspektivlosigkeit von Jugendlichen, benachteiligte Wohnquartiere, neoliberale Politik der Durchsetzung und Entsolidarisierung: das ist der Nährboden für Verrohung und Kriminalität.

Was sagen die anderen?

Die **CDU** schürt diffuse Ängste vor »Einbrechern, kriminellen Clans, gewaltbereiten Extremisten, internationalen Terroristen oder Angriffen im Cyberraum« und will mehr Überwachung und härtere Strafen. Die **SPD** betont Prävention und die Bedeutung von Sozialpolitik. Sie will »angemessene« Bezahlung und »gute« Arbeitsbedingungen. Die **Grünen** wollen die Polizei »für Prävention, Aufklärung und Strafverfolgung und den Schutz der Grundrechte« durch »gute Arbeitsverhältnisse« stärken. Die Sicherheitspolitik der **AfD** besteht – wenig überraschend – aus Hetze gegen Linke, Schwarze Menschen und Menschen mit Migrationsgeschichte.

LINKE Gegenargumente

Als einzige Partei begreifen wir Sicherheit als einen Aspekt der sozialen Frage. Die CDU hat verlässlich dafür gesorgt, dass Polizei und Geheimdienste mehr Gelder und Befugnisse bekommen haben während der Sozialstaat kaputtgekürzt wurde. Die SPD hat das als Koalitionspartner stets mitgetragen. Die Grünen machen vor allem Symbolpolitik. Im Effekt hat das nicht zu einem besseren Sicherheitsgefühl der Menschen beigetragen wohl aber zu einer intransparenten, gefährlichen Behördenkultur, die rassistische Chatgruppen und rechte Netzwerke möglich macht.